

Themenpapier Nr 11

Litauen und die Erweiterung der Europäischen Union

Die hier dargestellte Meinung ist die des Autors und gibt nicht unbedingt die offizielle Position des Parlamentes wieder.

INHALT

I. POLITISCHE LAGE

- a) Jüngere Geschichte
- b) Institutionen
- c) Aktuelle Entwicklungen

II. WIRTSCHAFTSLAGE

- a) Übersicht
- b) Leistungsprognose
- c) Aktuelle Lage
- d) Wichtige wirtschaftliche Tendenzen und zusammenfassende Prognose

III. BEZIEHUNGEN ZUR EU IM RAHMEN DER ERWEITERUNG

- a) Europäische Kommission
- b) Europäisches Parlament
- c) Ministerrat und Europäischer Rat
- d) Litauische Regierung

ANHANG

Außenhandel Litauens: 1993 - 1999
Anteil der EU am Außenhandel Litauens

Basisstatistiken für beitrittswillige Staaten in Mittel- und Osteuropa

I. POLITISCHE LAGE

a) Jüngere Geschichte

Zu Zeiten Vytautas Magnus', d.h. zu Beginn des fünfzehnten Jahrhunderts, war Litauen eines der größten Länder in Europa. Es hatte damals seine größte Ausdehnung, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Um 1569 der Bedrohung durch den Moskauer Staat entgegenzutreten, vereinigte sich das Großherzogtum Litauen (gegründet Mitte des 13. Jahrhunderts) mit Polen zur Union von Lublin und bildete einen Polnisch-Litauischen Staatenbund. 1795, bei der dritten Teilung des Staatenbundes, wurde Litauen in das russische Reich eingegliedert. Aufstände gegen die russische Herrschaft wurden 1830-1831 und 1863 unterdrückt, und es wurde eine „Russifizierungspolitik“ verfolgt.

1915 wurde Litauen von deutschen Truppen besetzt. Trotz der Besetzung wurde im September 1917 eine „Litauische Konferenz“ einberufen, und am 16. Februar 1918 wurde die Unabhängigkeit erklärt. Die erste demokratische Verfassung wurde im August 1922 verabschiedet, aber im Dezember 1926 ergriff Antanas Smetona die Macht und führte bis 1940 ein autoritäres Regime. Gemäß dem „Molotow-Ribbentrop-Pakt“, der am 23. August 1939 von der UdSSR und Deutschland unterzeichnet wurde, sollte Litauen in deutschen Einflussbereich fallen. Jedoch wurde in dem im September geschlossenen Grenz- und Freundschaftsvertrag zwischen den Nationalsozialisten und der UdSSR letzterer die Kontrolle über Litauen zugesprochen.

Im März 1990 wählte ein neues, für die Unabhängigkeit eintretendes Parlament Vytautas Landsbergis *de facto* zum Präsidenten Litauens und erklärte am 11. März 1990 die Wiederherstellung der Unabhängigkeit. Litauen war somit der erste der baltischen Staaten oder GUS-Mitgliedstaaten, der seine Unabhängigkeit erklärte. Durch die sowjetische Militärintervention im Januar 1991 wurde die Unterstützung des Volkes für die Unabhängigkeit Litauens noch verstärkt, und am 9. Februar 1991 fand in der Republik ein Referendum statt. Die Machtergreifung in Moskau durch das Staatliche Notstandskomitee schürte Mitte August 1991 in Litauen Ängste, dass es einen erneuten Versuch geben könnte, die Regierung Landsbergis zu stürzen und die Sowjetherrschaft wieder einzuführen. Trotz dem Einzug sowjetischer Militärfahrzeuge in Wilna forderte die litauische Regierung den Rückzug der sowjetischen Soldaten aus der Republik und äußerte erneut den starken Wunsch der litauischen Bevölkerung, wieder zu Westeuropa zu gehören.

Dem Scheitern des Staatstreiches folgte die seit langem erwartete Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit durch andere Staaten. Am 6. September 1991 erkannte der Staatsrat der UdSSR die Unabhängigkeit Litauens an, ebenso wie die Unabhängigkeit Estlands und Lettlands.

b) Institutionen

Nach Erlangen der Unabhängigkeit kam in Litauen eine abgeänderte Version der sowjetischen Verfassung zur Anwendung, bis durch das Referendum im Oktober 1992 die Zustimmung zu einer neuen Verfassung erfolgte. Die Legislative des Einkammersystems besteht aus dem 141 Mitglieder umfassenden *Seimas* (Parlament), der nach einem Mischsystem für eine Legislaturperiode von vier Jahren gewählt wird. 71 Abgeordnete werden in Wahlkreisen gewählt, während 70 nach Verhältniswahlrecht (mit 5%-Klausel) über Parteilisten gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle litauischen Bürger über 18 Jahre. Die Exekutivgewalt wird

durch den Ministerrat (Regierung) ausgeübt, unter der Leitung eines Premierministers, der durch den Präsidenten ernannt und durch den *Seimas* bestätigt wird.

Der Präsident wird für einen Zeitraum von fünf Jahren direkt gewählt und kann maximal einmal wiedergewählt werden. Gemäß der litauischen Verfassung steht der Präsident an der Spitze des Staates und besitzt eine relativ große Zahl an Befugnissen, einschließlich der Ernennung und Entlassung des Premierministers, einzelner Minister und des Oberbefehlshabers der Armee (jeweils Bestätigung durch den *Seimas* erforderlich). Darüber hinaus verfügt der Präsident über bestimmte außenpolitische Befugnisse.

Die litauische Justiz besteht aus einem Stufensystem von Bezirks- und Verwaltungsgerichten (regionalen Gerichten). Das höchste Gericht ist das Oberste Gericht, dessen Richter durch den *Seimas* ernannt werden. Es gibt auch ein Berufungsgericht, dessen Richter vom Präsidenten ernannt werden. Das Verfassungsgericht, dessen neun Richter durch den *Seimas* ernannt werden, stellt sicher, dass die Gesetze mit der Verfassung in Einklang stehen, und hat das Recht, Amtsklage gegen Richter und den Präsidenten zu erheben. Die Gerichte und der Staatsanwalt genießen ein hohes Maß an Unabhängigkeit.

c) Aktuelle Entwicklungen

i) Parlamentswahlen vom 8. Oktober 2000

PARTEI	% DER STIMMEN	SITZE 2000	SITZE 1996
Sozialdemokratische Union	31,08	51	-
Liberale Union (LS)	17,25	34	1
Neue Union (NS/SL)	19,64	29	-
Vaterlandsunion	8,62	9	70
Bauernpartei	4,14	4	2
Christdemokraten	3,08	2	16
Christlich-Demokratische Union	4,21	1	11
Moderne Christlich-Demokratische Union	2,01	1	-
Andere	9,97	10	41

Wahlbeteiligung: 58,63%

Die Parlamentswahlen fanden am 8. Oktober 2000 statt. Die Ergebnisse zeigen dieselbe Tendenz wie die Kommunalwahlen im März, bei denen die meisten etablierten politischen Parteien des Landes eine vernichtende Niederlage erlitten und es einen Wechsel zu den Parteien der sogenannten ‚neuen Politik‘ gab. Der Wunsch der Wählerschaft nach Änderung wurde durch die Tatsache unterstrichen, dass nur 37 Amtsinhaber wiedergewählt wurden. Die sozialdemokratische Koalition der ehemaligen kommunistischen litauischen demokratischen Arbeiterpartei (LDDP), der Sozialdemokraten und zwei kleinerer Parteien (die Partei der neuen Demokratie und Union der Russen) bildete die größte Gruppierung und gewann 51 der 141 Parlamentssitze. Die Wahl spiegelte insbesondere in den ländlichen Gebieten und unter der älteren Bevölkerung die große Beliebtheit des ehemaligen Präsidenten Algirdas Brazauskas wider, der an der Spitze der Koalitionsliste stand.

Die Parteien der ‚neuen Politik‘, die bei den Kommunalwahlen triumphiert hatten – die Neue Union/Sozialliberale (NS/SL), die Liberale Union (LS), die Zentrale Union und die Modernen Christdemokraten – erhielten ausreichend Unterstützung für die Bildung der neuen Regierung. Das war erwartet worden, obgleich die Stimmenverteilung dieser Parteien einige Überraschungen barg. Die NS/SL, die bei den Wahlprognosen ganz vorn gelegen hatte, gewann 29 Sitze, schnitt jedoch schlecht in den Wahlkreisen ab, da die Beliebtheit ihres Spitzenkandidaten Arturas Paulauskas nicht ausreichte, um die Ergebnisse der meisten anderen Kandidaten der Partei positiv zu beeinflussen. Die LS schnitt besser als erwartet ab und erhielt 34 Sitze, da ihre Kandidaten außergewöhnlich gute Ergebnisse in den drei größten Städten Litauens erzielten und dort 15 der 22 Sitze gewannen.

Von den größeren Parteien des alten Parlaments erlitt die Zentrale Union, die bei den Wahlprognosen von 1998-99 ganz vorne lag, eine vernichtende Niederlage und scheiterte an der 5%-Klausel, obgleich drei ihrer Kandidaten in den Wahlkreisen gewannen. Die Vaterlandsunion/Litauische Konservative (TS/LK) konnte ihre traditionellen Wähler nicht für sich gewinnen, denn sie erhielt gerade einmal neun Sitze, im Gegensatz zu den 70, die sie 1996 errungen hatte. Außerdem erhielt sie nur einen Sitz in den Wahlkreisen. Die ehemaligen Wähler der Partei gaben ihre Unterstützung der LS. Der einstige Partner der Konservativen, die Christlich-Demokratische Partei, erlitt eine noch größere Niederlage und gewann lediglich 3,05% der Stimmen. Sie scheint damit von ihrer einstigen Position als drittpopulärste Partei immer mehr an Beliebtheit zu verlieren.

ii) Neue Koalition gebildet

Am 12. Oktober 2000 unterzeichneten die LS, die NS/SL, die Zentrale Union und die Modernen Christdemokraten, die zusammen 67 Sitze innehaben, eine Koalitionsvereinbarung. Vier Mitglieder der Bauernpartei, die in den Wahlkreisen gewählt wurden, werden sich ihnen anschließen. Selbst dann verfügt die Koalition jedoch lediglich über eine hauchdünne Mehrheit. Nach der Koalitionsvereinbarung übernimmt der LS-Vorsitzende Rolandas Paksas das Amt des Premierministers, während Paulauskas Parlamentspräsident wird. Die LS wird sieben Minister stellen, darunter den Finanz-, Wirtschafts- und Verteidigungsminister. Die NS/SL wird die Verantwortung für sechs Ministerien erhalten, darunter das Innen- und das Außenministerium. Mindestens zwei Vertreter der Zentralen Union und zwei der Modernen Christdemokraten werden zu Staatssekretären ernannt, während der Führer der Bauernpartei, Ramunas Karbauskis, das Amt des Vizepräsidenten des Parlamentes übernimmt.

Das Regierungsprogramm wurde noch nicht veröffentlicht, aber es wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine Verpflichtung zu einem ausgeglichenen Haushalt, zu weniger Bürokratie, zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, zur Unterstützung sozial Benachteiligter und zur Kontinuität bei der Außenpolitik beinhalten. Damit würde es die Erwartungen der internationalen Finanzinstitutionen, der EU, der NATO und der wichtigsten ausländischen Investoren erfüllen. Herr Paulauskas unterstrich dies und erklärte, dass entgegen der öffentlichen Meinung seine Partei für die Mitgliedschaft Litauens in der NATO und der EU sei. Er sagte weiter, dass die neue Regierung den umstrittenen Verkauf der Ö Raffinerie Mazeikiai an das US-Unternehmen Williams International nicht stoppen würde, wenn es auch Bemühungen gebe, die Leistungsfähigkeit der Raffinerie zu erhöhen.

Gegenwärtig herrscht unter Analytikern Übereinstimmung dahingehend, dass die Koalition aufgrund einer Gefährdung der parlamentarischen Mehrheit durch abtrünnige Abgeordnete Schwierigkeiten bekommen könnte, ihr Programm umzusetzen, dass ein Zusammenbruch der Koalition in naher Zukunft jedoch nicht zu befürchten sei.

iii) Atomkraftwerk Ignalina

Am 20. und 21. Juni 2000 fand eine Geberkonferenz statt, die gemeinsam von der litauischen Regierung und der Europäischen Kommission geleitet wurde. Die Geberkonferenz hatte vier Ziele. Erstens, die Hervorhebung der Entscheidung Litauens, die Einheit 1 des Atomkraftwerkes Ignalina vor 2005 abzuschalten. Zweitens, die Untersuchung der Konsequenzen der Stilllegung und des voraussichtlichen Liberalisierungs- und Umstrukturierungsprozesses des gesamten litauischen Energiesektors. Drittens, das Ersuchen um Unterstützung der internationalen Gemeinschaft, um die Kosten der Stilllegung selbst sowie der konsequenten Umstrukturierung des Energiesektors zu tragen. Und viertens, das Lenken der Aufmerksamkeit insbesondere privater Investoren auf die aktuellen und künftigen Investitionsmöglichkeiten im Energiesektor Litauens.

Die Konferenz begrüßte die Einrichtung des von der EBWE verwalteten Internationalen Stilllegungsfonds für Finanzbeiträge der Europäischen Union und einiger bei der Konferenz anwesender Länder. Der sich aus Zuschüssen speisende Fonds wurde zunächst für einen Zeitraum von 10 Jahren eingerichtet und wird in aufeinander folgenden Tranchen finanziert werden. Die voraussichtlichen Kosten der von Litauen vorgeschlagenen Projekte betragen 200 Mio. € für die ersten fünf Jahre. In diesem Fall wurden über 200 Mio. € zugesichert, wobei der Hauptanteil (€150m) von der europäischen Kommission kommt, während die EU-Mitgliedstaaten, die nordischen Länder, die Schweiz, Polen und die USA die übrige Summe zusicherten. Einem Bericht zufolge hatte das russische Atomenergieministerium angeboten, das Kraftwerk für 300 Mio. \$ im Jahr zu pachten, mit der Begründung, es gebe keine technischen Gründe für die Stilllegung, da es seiner Ansicht nach sicher sei. Diese Ansicht wurde jedoch von anderen Teilnehmern der Konferenz nicht geteilt.

Die zugehörige Dokumentation, einschließlich des Positionspapiers des litauischen Wirtschaftsministeriums, findet sich auf der Webseite von Ignalina, <http://iae.lt>

iv) Gesetz zur Anerkennung der litauischen Unabhängigkeitserklärung

Am 12. September 2000 verabschiedete das scheidende Parlament eine Erklärung, welche das Gesetz vom 23. Juni 1941 zur Wiederherstellung der litauischen Unabhängigkeit anerkennt. Dies war eine umstrittene Maßnahme, da die litauische Regierung während des 2. Weltkrieges „Adolf Hitler Dank für die Befreiung des Landes von den Bolschewiken“ ausgesprochen und „eine neue Ordnung in Europa“ unterstützt hatte, was die Vernichtung der Juden einschloss. Der Aufstand vom Juni 1941 wird auch allgemein als Beginn der Verfolgung der litauischen Juden während des Krieges angesehen.

Die Entscheidung, die Erklärung von 1941 für gültig zu erklären, verursachte eine Aufruhr und hatte sowohl in Litauen als auch im Ausland eine Protestwelle zur Folge. Ein Abgeordneter der damals regierenden Vaterlandsunion trat aus der Partei aus, während der damalige Premierminister Andrius Kubilius die Verabschiedung des Gesetzes als Fehler bezeichnete. Das

Parlament hob schnell seine Entscheidung auf, setzte das Gesetz am 19. September aus und hob es am 26. September auf. In der Zwischenzeit war dadurch jedoch bereits ein großer Schaden entstanden.

v) Forum zur Beutekunst

Vom 3.-5. Oktober richtete Wilna ein internationales Forum zur Beutekunst aus der Holocaust-Ära aus, das unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs des Europarats stand. Das Forum wurde als Weiterführung einer letztes Jahr in Washington abgehalten Konferenz angesehen. Die USA kündeten eine Zahlung von 500.000 US\$ an Russland an, um den Wert der Beutekunst aus der Holocaust-Ära zu ermitteln.

Auf diesem Forum wurde ebenfalls das Problem des Eigentums litauischer Juden angesprochen, in Bezug auf die Besitzgüter, die ihnen vor dem zweiten Weltkrieg genommen und nicht zurückgegeben wurden. Schätzungen zufolge könnten die Ausgleichszahlungen bis zu 4 Milliarden LTL (1 Milliarde US\$) betragen. Nach geltendem litauischem Recht haben nur die litauischen Bürger mit ständigem Wohnsitz in Litauen ein Recht auf Rückgabe ihres Eigentums. Jüdische Interessengruppen haben Einspruch erhoben und erklärt, dass allen Personen unabhängig von ihrem Wohnsitz ein Recht auf ihr Eigentum zusteht.

II. WIRTSCHAFTSLAGE

a) Übersicht

Nach Erlangen der Unabhängigkeit verfolgte die Regierung eine Politik schneller Marktreformen und makroökonomischer Stabilisierung, die zunächst unterschiedliche Ergebnisse aufwies. Seit 1994 nimmt die Regierung an einem durch den IWF geförderten Stabilisierungsprogramm¹ teil.

Litauen hat sich noch nicht vollständig von den Schlägen erholt, die die Wirtschaft nach der russischen Finanzkrise im August 1998 hinnehmen musste.

Im Juni 1999 nahm die litauische Regierung eine mittelfristige Wirtschaftsstrategie an und stellte ihre politischen Ziele bis 2005 vor. Steuerziele sind eine effektivere Erhebung von Einnahmen und ein strafferes Ausgabenregime, damit mittelfristig die Schulden der öffentlichen Hand 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nicht übersteigen. Ein exakterer Rahmen wird im Memorandum zur Wirtschaftspolitik ausgearbeitet, das dem IWF Ende Februar 2000 vorgestellt wurde². Hinsichtlich der makroökonomischen Situation wird laut Memorandum eine Fortsetzung des Exportwachstums in die westlichen Märkte erwartet, mit einem gleichzeitigen Überwinden der Talsohle bei den Exporten in die Märkte der GUS und einem bescheidenen Aufschwung bei der Inlandsnachfrage. Das jährliche Wachstum des BIP wird für das Jahr 2000 auf 2,2 Prozent und für das Jahr 2001 auf 3,4 Prozent geschätzt. Aufgrund von Einschränkungen in der Währungspolitik und steuerlichen Auflagen wird die Inflation im Zeitraum 2000-2001 bei zwischen 2 und 3 Prozent niedrig bleiben. Da eine Zunahme an Exporten und eine weiterhin geringe Inlandsnachfrage erwartet wird, wird sich das derzeitige Handelsdefizit voraussichtlich schrittweise verringern.

¹ EU, Länderanalyse, Litauen, August 2000.

² IWF, "Absichtserklärung Litauen", 22. Februar 2000.

b) Leistungsprognose

Nach einem recht starken Rückgang der Wirtschaft im Jahr 1999 wird in diesem und dem folgenden Jahr ein wirtschaftlicher Aufschwung erwartet. Das Wirtschaftswachstum wird hauptsächlich durch private Investitionen angekurbelt, die im Rahmen der Privatisierung und der Notwendigkeit der weiteren Umstrukturierung der litauischen Wirtschaft erfolgen. Außerdem wird davon ausgegangen, dass die Exporte vom stärkeren Wachstum in der EU und der erwarteten Erholung der GUS-Staaten profitieren. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Preise zu erhalten, wird es nur mäßige Lohnerhöhungen geben, wodurch das Wachstum der real verfügbaren Einkommen begrenzt und so die Zunahme des privaten Konsums auf einem eher niedrigen Niveau gehalten wird. Infolgedessen wird das Wachstum des BIP in diesem Jahr vermutlich mit ungefähr 2,2 Prozent bescheiden bleiben. Für nächstes Jahr wird eine weitere Steigerung des BIP auf ungefähr 3,4 Prozent erwartet, aufgrund einer stärkeren Zunahme des privaten Konsums und der Investitionen. Mit diesen Zahlen ist das Wachstumspotential der litauischen Wirtschaft jedoch noch lange nicht voll ausgeschöpft³.

Wegen des Konjunkturrückgangs und der Umstrukturierung stieg die offizielle Arbeitslosenrate Ende 1999 auf 14 Prozent. Es wird davon ausgegangen, dass die Arbeitslosigkeit dieses Jahr relativ hoch bleiben wird. Die Prognostiker der Kommission erwarten jedoch aufgrund eines schnelleren Wirtschaftswachstums im nächsten Jahr einen geringen Rückgang.

c) Aktuelle Lage

i) Haushalt und Preise

Das allgemeine Regierungsdefizit (einschließlich der Sozialversicherung, der Krankenversicherung und der meisten außeretatmäßigen Fonds) wird im Jahr 2000 voraussichtlich auf 2,8 Prozent des BIP zurückgehen, nachdem es im Jahr 1999 bei 7,8 Prozent des BIP lag. Die wichtigsten Ziele des Haushaltsentwurfes sind die Senkung und Rationalisierung der Ausgaben. Die Löhne für Beamte wurden eingefroren. Der Erwerb von nicht unbedingt notwendigen Waren und Dienstleistungen sowie die Subventionen für den öffentlichen Verkehr, für die Post- und Telekommunikationsdienstleistungen sowie die Landwirtschaft wurden reduziert und öffentliche Investitionen wurden eingeschränkt. Es sind keine größeren Steuererhöhungen ins Auge gefasst. Der Lohnsteuersatz wird jedoch von 31 auf 34 Prozent angehoben. Im Januar 2000 wurden Steuern auf Schwerkraftstoffe eingeführt und die Verbrauchssteuer auf Tabak wurde im März von 29 auf 34 Prozent erhöht. Dieses Jahr sollen weitere Verbrauchssteuern eingeführt werden, und die Einkommens- und die Gewerbesteuer könnten im Laufe des Jahres geändert werden. Angesichts der künftigen NATO-Mitgliedschaft sieht der Haushaltsentwurf für 2000 eine Zunahme der Verteidigungsausgaben von 1,5 Prozent des BIP⁴ auf 1,8 Prozent vor.

Der Erfolg des Haushaltsprogramms hängt hauptsächlich von der strengen Durchführung der beabsichtigten Ausgabenkürzungen ab. Die Regierung muss bei Anträgen von subventionsabhängigen Unternehmen unnachgiebig bleiben, was bei den derzeitigen Umständen schwierig sein könnte, insbesondere in Anbetracht der bevorstehenden Parlamentswahlen.

³ Europäische Kommission, **Europäische Wirtschaft, Beilage C**, Economic Reform Monitor, Nr. 2, Mai 2000, Litauen.

⁴ Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und finanzielle Angelegenheiten, "Neuere Steuerentwicklungen in den Beitrittsländern: Eine vorläufige Einschätzung", Juni 2000.

Ende August bat Litauen den IWF, ein Jahreshaushaltsdefizit zu akzeptieren, das über den im Abkommen über den Bereitschaftskredit festgelegten 2,8 Prozent des BIP liegen wird. Infolge ungeplanter Ausgaben durch die Sozialversicherung war der Anstieg des Defizits größer als erwartet. Zwar erhält Wilna vom IWF keine Kredite, aber durch die Vereinbarung mit dem IWF werden andere Hilfszahlungen ausgelöst und das Vertrauen der Investoren gestärkt.

Die Inflationsrate ist drastisch zurückgegangen. Diese Tatsache spiegelt die schwache Inlandsnachfrage, die Aufwertung der litauischen Währung Litas, den Überschuss an landwirtschaftlicher Produktion auf dem inländischen Markt und die globalen Tendenzen bei den Verbrauchsgüterpreisen wider.

Der effektive Wechselkurs stieg deutlich, nicht nur als Folge der Abwertung des russischen Rubels sondern auch aufgrund der Festschreibung des Litas zum US-Dollar, der gegenüber den europäischen Währungen erheblich aufgewertet wurde. Mitte Oktober 1999 verkündete die Bank von Litauen, dass sie den Kurs des Litas in der zweiten Jahreshälfte 2001 direkt an den Euro festschreiben würde. Vorher war eine schrittweise Änderung auf der Grundlage eines Währungskorbes beabsichtigt worden. Diese Entscheidung hatte positive Auswirkungen auf die Finanzmärkte. Jedoch liegt der Zinssatz in Litauen erheblich höher als in vergleichbaren Ländern, was die wirtschaftliche Umstrukturierung behindert. Der hohe Zinssatz spiegelt die größeren Schwankungen in der Wirtschaft und den beträchtlichen finanziellen Bedarf des öffentlichen Dienstes in einem begrenzten und unterentwickelten Kapitalmarkt wider.

Die durchschnittliche Inflation lag im Jahr 1999 bei nur 0,8 Prozent, verglichen mit 5,1 Prozent im Jahr 1998. Verbrauchssteuern und einige subventionierte Preise wurden angehoben, aber die fallenden Nahrungsmittelpreise, die etwa 40 Prozent des Verbraucherpreisindex ausmachen, lösten einen Inflationsdruck aus.

Die größere Nachfrage im Jahr 2000, eine importierte Inflation und die Notwendigkeit, subventionierte Preise zu liberalisieren, werden einen stärkeren Anstieg der Verbraucherpreise zur Folge haben.

ii) Privatisierung

1998 und 1999 waren die Einkünfte aus der Privatisierung eine wichtige Finanzierungsquelle für die hohen laufenden Ausgaben und das steigende Defizit der öffentlichen Hand. Die Ursache für die enorme Zunahme der Privatisierungseinkünfte von 0,3 Prozent des BIP 1997 auf 5,3 Prozent 1998 war hauptsächlich die Privatisierung des Telekommunikationsdienstleisters Telekomas im Jahr 1998. 1999 betragen die Privatisierungseinkünfte ungefähr 1,1 Prozent des BIP und deckten somit ca. 13 Prozent des Defizits der öffentlichen Hand ab.

Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 werden weitere Einkünfte aus der Privatisierung erwartet, hauptsächlich aus der Privatisierung der beiden verbleibenden Staatsbanken, der Landwirtschaftsbank und der Sparkasse, und aus weiteren Verkäufen von Anteilen des Telekommunikationsunternehmens Telekomas. Die Einkünfte aus der Privatisierung werden voraussichtlich ungefähr 3,5 Prozent des BIP betragen, was eine Reduzierung der verhältnismäßig kostspieligen internen Finanzierung des Defizites der öffentlichen Hand ermöglichen würde.

Am 3. April veröffentlichte Litauen die Ausschreibung zur Privatisierung der Landwirtschaftskasse. Am 3. Mai genehmigte die Regierung den Zeitplan für den Verkauf des verbleibenden Anteils von 35 Prozent an Telekomas. Bezüglich der Umgestaltung der Infrastruktur nahm die Regierung am 26. April einen Plan für die litauische Eisenbahn an und wandelte diese in 6 unterschiedliche Teilgesellschaften um.

Zurzeit ist der Verkauf von staatlichem Besitz an Investoren aus dem Westen nicht gerne gesehen⁵. Dies ist zu einem erheblichen Grad eine Folge des im letzten Jahr erfolgten Verkaufs der Ölraffinerie Mazeikiai an das US-Unternehmen Williams International, eine Transaktion, die von der überwältigenden Mehrheit der Litauer verurteilt wurde mit der Begründung, gegen die Interessen des Landes zu verstoßen. Der Verkauf löste einen noch nie da gewesenen Ausbruch von Ressentiments gegen den Westen und Aufrufe zu einem Privatisierungsmoratorium für sogenannte strategische Aktivposten für ausländische Unternehmen aus. Die Kritiker wurden von dem immer noch beliebten ehemaligen Präsidenten Algirdas Brazauskas angeführt. Anfang Mai erklärte er, dass durch die Umstrukturierung und Privatisierung dem Energiesektor, der Öl- und Gasindustrie und dem Schienennetz ein „nicht wiedergutzumachender Schaden“ zugefügt würde.

Die Regierung hofft, dass ihre konzertierten Bemühungen hinsichtlich einer Vereinfachung der Verkäufe eine Entwicklung einleitet, die durch eine neue Regierung nicht wieder aufgehoben werden kann. Trotz der Aufrufe, die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft im Staatsbesitz zu belassen und lokalen Investoren den Vorzug zu geben, sind diese Sektoren derzeit unrentabel und lokale Investoren verfügen nicht über die großen Geldsummen, die für die Umstrukturierung und Wiederbelebung dieser Sektoren notwendig sind. Durch den Druck des IWF wird wahrscheinlich die stetige Privatisierung der Banken vorangetrieben, während die Notwendigkeit der Einhaltung der EU-Konvergenzkriterien die Umstrukturierung der Bereiche Energie und Gas zur Folge hat.

iii) Handel

Die litauische Wirtschaft, eine kleine offene Volkswirtschaft, wurde durch den starken Rückgang auf den Exportmärkten stark getroffen. 1998 sanken die Exporte um fast 4 Prozent, was hauptsächlich auf den Rückgang der Exporte in die GUS-Staaten um 26% zurückzuführen ist. Gleichzeitig blieb die Zahl der Importe verhältnismäßig hoch. 1998 nahmen die Importe in den ersten drei Quartalen aufgrund des starken Wachstums des privaten Konsums um 2,6 Prozent zu. Im Lauf des Jahres 1999 änderte sich diese Tendenz, da die Importe in zunehmendem Maße durch die sinkende Inlandsnachfrage beeinträchtigt wurden. 1999 lag der Anteil der Exporte Litauens in die EU bei ungefähr 42 Prozent, während die EU fast 45 Prozent der Importe Litauens stellte.

Die traditionellen Exportmärkte in den GUS-Staaten existieren nicht mehr, und die ständige Aufwertung des Litas gegenüber dem Euro hat die Wettbewerbsfähigkeit Litauens in den westlichen Märkten behindert. Zusätzlich haben Maßnahmen im Zusammenhang mit der Privatisierung der einzigen Ölraffinerie in der Region zu einer zeitweisen Aussetzung von Lieferungen geführt, was sich auf die Produktion im industriellen Bereich auswirkte. Der Anteil der Raffinerie am BIP liegt bei ungefähr 10 Prozent.

⁵ Oxford Analytica, "Die Regierung versucht, trotz der Privatisierung die Wahlen zu gewinnen", 5. Juni 2000.

Die Zahlungsbilanz 1999 unterschied sich nicht sehr von der im Jahr 1998. Sowohl das Leistungsbilanzdefizit als auch das Handelsdefizit blieben im großen und ganzen auf demselben Niveau wie im Vorjahr. In der zweiten Jahreshälfte 1999 verringerte sich das Handelsdefizit jedoch, da es mehr Exporte und weniger Importe zu verzeichnen gab.

Für den Zeitraum 2000-2001 wird eine Reduzierung des Leistungsbilanzdefizites erwartet. Diese Reduzierung ist notwendig, wenn das Defizit mittelfristig auf einem stabilen Niveau gehalten werden soll.

Die wichtigsten Handelspartner Litauens sind Deutschland, Russland und Lettland.

Die ausländischen Direktinvestitionen sind von der Russlandkrise verhältnismäßig unberührt geblieben. Die diesbezüglichen Zahlen des Jahres 1999 entsprechen denen der Jahre zuvor und deckten einen Großteil des steigenden externen Finanzbedarfs des Landes ab. Staatliche Reserven decken weiterhin die Importe von Waren und Dienstleistungen über fast drei Monate ab.

d) **Wichtige wirtschaftliche Tendenzen und zusammenfassende Prognose**

	1998	1999(e)	2000(f)	2001(f)
Reales BIP-Wachstum (in Prozent)	5,1	- 4,1	2,2	3,4
Inflation (VPI, Jahresdurchschnitt in Prozent)	5,1	0,8	1,8	2,5
Allgemeine Bilanz des Staatshaushalts (% des BIP) -	5,0	- 7,8	- 2,8	
Leistungsbilanz (% des BIP)	-12,7	-12,1	-10,9	- 9,0
Arbeitslosenrate (Jahresende, ILO-Definition)	13,3	14,0		

(e) Schätzung. (f) Prognose.

Quelle: Europäische Kommission, **Europäische Wirtschaftsbeilage**, Mai 2000

III. BEZIEHUNGEN ZUR EU IM RAHMEN DER ERWEITERUNG

a) **Europäische Kommission**

Am 13. Oktober 1999 stellte die Europäische Kommission ihren zweiten regelmäßigen Bericht über die Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt vor. In ihrer Zusammenfassung vertrat sie den Standpunkt, dass die formalen Beitrittsverhandlungen mit Litauen so früh wie möglich beginnen sollten. Vorher hatte die Kommission empfohlen, Litauen nicht zu den Ländern zu zählen, mit denen Beitrittsverhandlungen eingeleitet werden sollten. Genauer gesagt gab sie an, dass „Litauen die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt. Bereiche, denen noch Beachtung geschenkt werden muss, sind die Bekämpfung der Korruption und die Fortsetzung der Justizreform.“

„Litauen hat weiterhin Fortschritte bei der Errichtung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft erzielt und ist auf dem Weg, mit dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union mittelfristig umgehen zu können, vorausgesetzt, es führt die übrigen Punkte der Reform durch.“

„Die makroökonomische Stabilität wurde erhalten, obwohl sie teilweise aufgrund der politischen Reaktion auf die Russlandkrise anfälliger geworden ist. Die Versuche der Regierung, den negativen Schock von außen abzumildern, führten zu einem starken Absinken der Steuer- und Außenbilanz auf Niveaus, die unter Umständen nicht mehr haltbar sein werden.“

„Maßnahmen zum Ausgleich des Steuerdefizits müssen Priorität haben, auch als Mittel, das derzeitige Leistungsbilanzdefizit unter Kontrolle zu bringen, die Strukturreform abzuschließen und die derzeitigen Reformen durchzusetzen. Insbesondere sollte die Privatisierung des Finanzbereiches abgeschlossen und der Energiesektor gemäß den vor kurzem von der Regierung getroffenen wichtigen Entscheidungen umstrukturiert werden. Litauen sollte seine Bemühungen fortsetzen, seinen Handel auf die Europäische Union und andere entwickelte Märkte umzulenken. Es sollte auch in die Infrastruktur investieren und die Fähigkeiten der Arbeitskräfte weiterentwickeln, um ein langfristiges Wachstum der Produktivität sicherzustellen und Litauen weiterhin zu einem attraktiven Ziel für direkte Auslandsinvestitionen zu machen.“

„In den meisten Bereichen des inländischen Marktes, insbesondere bei der öffentlichen Beschaffung, dem geistigen und industriellen Eigentum, der Bewertung der Konvergenz, dem freien Kapital- und Dienstleistungsverkehr sowie der Kartellgesetzgebung, hat Litauen Fortschritte erzielt. Jedoch sollte die Vollstreckungsgewalt, insbesondere bezüglich Verstößen gegen das Urheberrecht, gestärkt werden. An der Begrenzung von staatlichen Hilfszahlungen wird weiterhin festgehalten, und die weitere Angleichung der Gesetzgebung und strengere Kontrollverfahren sind erforderlich. Verstärkte Bemühungen sind auch im Bereich des freien Warenverkehrs nötig (Normierung und Marktüberwachung). Kein Fortschritt wurde im audiovisuellen Bereich erzielt, und es wird größerer Anstrengungen bedürfen, das Steuersystem in Einklang mit dem *Acquis* zu bringen.“

„Obwohl im Landwirtschaftssektor Fortschritte zu verzeichnen sind, sollten die Bemühungen dort aufrecht erhalten werden. Noch viel bleibt im Bereich der Fischerei zu tun. Während es im Transportwesen gute Fortschritte zu verzeichnen gibt, sollten sich nunmehr die Bemühungen auf die Steuerharmonisierung beim Straßentransport, der Sicherheit auf den Meeren und dem *Acquis* in der Luftfahrt konzentrieren. Bedeutende Fortschritte wurden im Umweltbereich erzielt, obgleich der Grad der Einhaltung der Vorschriften variiert. Die Bemühungen im sozialen Bereich sollten fortgesetzt werden, insbesondere hinsichtlich der Vollstreckungsgewalt des *Acquis*. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Regionalpolitik, auf deren Gebiet noch viel zu tun ist. In den Bereichen Justiz und Inneres hat es beeindruckende Fortschritte gegeben, wenige hingegen beim Zollwesen, bei dem die Kapazität der Verwaltung Anlass zur Sorge gibt. Wenige Fortschritte waren ebenso bei der Finanzkontrolle zu verzeichnen.“

„Litauen hat entschiedene Anstrengungen im Bereich der Energiepolitik unternommen und eine willkommene Entscheidung über die Schließung des Kernkraftwerkes Ignalina getroffen, was ein bedeutendes Zeichen dafür ist, wie ernst Litauen die europäische Integration nimmt.“

„Die Aufmerksamkeit muss sich weiterhin darauf richten, sicherzustellen, dass der Fortschritt bei der Umsetzung des *Acquis* und beim Erreichen der meisten kurzfristigen Ziele der Beitrittspartnerschaft ergänzt wird durch ähnliche Fortschritte bei der Stärkung der Umsetzungs- und Vollstreckungsgewalt. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Kontrolle staatlicher Hilfszahlungen, der Umwelt, dem Zoll, der Regionalpolitik, der Finanzkontrolle und der

Sozialpolitik gewidmet werden. Das neue Gesetz über die öffentliche Verwaltung und die Fortsetzung der Justizreform sind in dieser Hinsicht positive Entwicklungen.“

Der vollständige Text des zweiten regelmäßigen Berichts über die Fortschritte Litauens auf dem Weg zum Beitritt ist auf der Webseite der Kommission zur EU-Erweiterung zu finden:

http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/lithuania/rep_10_99/index.htm

Die Kommission wird seinen dritten regelmässigen Bericht in November 2000 veröffentlichen.

b) Europäisches Parlament

Im Dezember 1998 nahm das Europäische Parlament einen Bericht an über „den Antrag Litauens auf Mitgliedschaft in der EU, im Hinblick auf den Europäischen Rat... in Wien am 12. und 13. Dezember 1998“ (Doc. A4-0431/98, - Berichterstatter Kristoffersen). Im Bericht wurde betont, dass es von größter Bedeutung sei, die positive Atmosphäre beizubehalten, die zum Antrag Litauens auf die EU-Mitgliedschaft geführt habe.

Erst kürzlich, am 4. Oktober 2000, nahm das EP eine Entschliessung zu Litauen an (Doc. A5-0240/2000 – Berichterstatterin Frau Magdalene HOFF). Unter anderem ersucht die Entschliessung „alle Betroffenen, diese Verhandlungen so zu führen, dass Litauen... zu den Ländern der ehemaligen ersten Gruppe aufschließen und an der ersten Welle der Erweiterung teilnehmen kann“; es wird „festgestellt, dass Litauen offensichtlich die politischen Kriterien für die Mitgliedschaft in der EU erfüllt, es aber ersucht wird, den Kampf gegen die Korruption fortzusetzen, die Justizreform zu vollenden, die Bemühungen hin zu einer leistungsfähigeren Polizei zu verstärken, die Zustände in den Gefängnissen zu verbessern und sein Konzept beim Kampf gegen Kriminalität zu erweitern“; es wird „hervorgehoben, dass der aktuelle Zeitplan für die Stilllegung der beiden Einheiten des Atomkraftwerkes Ignalina, die baugleich mit Tschernobyl sind, nicht ausgedehnt werden darf; es wird daran erinnert, dass die EU Litauen bei der Stilllegung in besonderem Maße unterstützen wird“; und es wird „auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine Zusammenarbeit mit der Region Kaliningrad zu erreichen, um dort Entwicklungen abzuwenden, die destabilisierende Auswirkungen auf ein viel größeres Gebiet haben könnten; es wird betont, dass eine aktive EU-Politik in dieser Hinsicht eine Pionierrolle bei der Erweiterung und Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Russland spielen könnte.“

c) Ministerrat und Europäischer Rat

Als der Europäische Rat beim Gipfel von Luxemburg im Dezember 1997 über den Beginn der Beitrittsverhandlungen entschied, war Litauen nicht bei der ersten Gruppe von Ländern, mit denen Verhandlungen eingeleitet werden würden. Die litauische Regierung hatte gehofft, dass auf dem Gipfel von Wien im Dezember 1998 entschieden werden würde, Litauen in diese Gruppe aufzunehmen. Obwohl jedoch der Rat die von Litauen erzielten Fortschritte begrüßte, entschied er, keine weiteren Länder in die erste Gruppe aufzunehmen. Informationen bezüglich weiterer früherer Entwicklungen finden Sie im vorhergehenden Dokument (PET 167.533/rev1).

Beim Gipfel von Helsinki im Dezember 1999 entschied der Europäische Rat, „im Februar 2000 bilaterale Regierungskonferenzen einzuberufen, um Verhandlungen mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta über die Bedingungen für ihren Beitritt zur Union und die folgenden Vertragsänderungen zu beginnen.“ Er betonte, dass „bei den Verhandlungen jeder Bewerberstaat auf der Grundlage seiner Leistungen beurteilt wird. Dieses Prinzip wird sowohl auf die Öffnung der verschiedenen zu verhandelnden Kapitel als auch auf die Führung der Verhandlungen angewendet. Um die Verhandlungen rasch voranzutreiben, sollten schwerfällige Verfahren vermieden werden. Beitrittsländer, die jetzt in die Beitrittsverhandlungen einbezogen worden sind, haben die Möglichkeit, innerhalb eines angemessenen Zeitraums den gleichen Stand wie die bereits in Verhandlungen stehenden Staaten zu erreichen, wenn sie ausreichende Fortschritte bei ihren Vorbereitungen erzielt haben. Fortschritte bei den Verhandlungen müssen mit Fortschritten bei der Integration des *Acquis* in die Gesetzgebung und dessen Umsetzung und Vollstreckung einhergehen.“

Die Beitrittsverhandlungen begannen am 28. März 2000, und zwar hinsichtlich acht Kapiteln des *Acquis communautaire*: Wettbewerbspolitik, Statistiken, kleine und mittlere Unternehmen, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung, Kultur und audio-visuelle Politik, Außenbeziehungen sowie gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Am Ende der portugiesischen Präsidentschaft waren fünf Kapitel vorläufig abgeschlossen: Statistiken, kleine und mittlere Unternehmen, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

d) Litauische Regierung

Nach der Veröffentlichung des zweiten regelmäßigen Berichts der Kommission gab das litauische Außenministerium die folgende Pressemitteilung heraus. „Für Litauen handelte es sich hierbei um ein lang erwartetes Dokument von politischer Bedeutung, da es Empfehlungen an den Europäischen Rat von Helsinki über die Ausweitung der Beitrittsverhandlungen enthält. Die Kommission erkannte die bedeutenden Fortschritte Litauens an und empfahl, Beitrittsverhandlungen mit diesem Land zu beginnen. Für Verhandlungen wurden ebenfalls Malta, Lettland, die Slowakei und unter bestimmten Bedingungen Bulgarien und Rumänien empfohlen.“

„Die Anerkennung der Bemühungen Litauens in den letzten Jahren ist ermutigend und ein Ansporn für die nationalen Vorbereitungen zum Beitritt. Obgleich nationale Reformen durch die russische Wirtschaftskrise beeinträchtigt wurden, hat die europäische Integration die Entwicklungen in Litauen in zunehmendem Maße beeinflusst und die Reformen in allen wichtigen Bereichen rasch vorangetrieben.“

„Die stabile Außenpolitik Litauens, einschließlich der guten nachbarschaftlichen Beziehungen, ist ebenfalls eine wichtige Bedingung für die erfolgreiche Teilnahme am europäischen Integrationsprozess. Litauens Weg in die EU ist für alle Nachbarstaaten von Vorteil und wird es auch weiterhin sein.“

„Die Kommission hat erkannt, dass Litauen eine makellose demokratische Praxis bewahrt, die die Grundlagen der Marktwirtschaft und deren Funktionieren stärkt sowie auch Litauens Fähigkeit, mit dem Konkurrenzdruck des Binnenmarktes der EU umzugehen. Außerdem erzielt Litauen weiterhin Fortschritte bei der Annahme des *Acquis* der EU und entwickelt auch die

administrativen Kapazitäten für dessen Umsetzung. Die Entscheidung über das Atomkraftwerk Ignalina wird als wichtiger Präzedenzfall in Mittel- und Osteuropa bewertet, und die Kommission versicherte nochmals ihre Bereitschaft, finanzielle und technische Unterstützung für die Stilllegung zur Verfügung zu stellen.“

„Die litauische Regierung wird bei der Erstellung und Aktualisierung des nationalen EU-Beitrittsprogramms die im Fortschrittsbericht aufgeführten Fragen berücksichtigen, die der weiteren Aufmerksamkeit bedürfen.“

Zu Beginn der Verhandlungen drückte Vygaudas Usackas, der Hauptunterhändler für Litauen, die Hoffnung aus, dass Litauen bei den Verhandlungen schnelle Fortschritte erziele. Er gab auch an, dass Litauen aus der Erfahrung der laufenden Beitrittsverhandlungen heraus und angesichts der internen Vorbereitungen anstrebe, den Prozess im Lauf des Jahres 2004 abzuschließen und in der Lage zu sein, die EU-Mitgliedschaft ab 1. Januar 2004 anzutreten.

Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte in Verbindung mit:

Adam Isaacs / Europäisches Parlament / DGIV / Brüssel

Abteilung für internationale Angelegenheiten und Verfassung

Telefon: (32) 2 284 3072 / Telefax: (32) 2 284 9063 / E-Mail: aisaacs@europarl.eu.int

Für Informationen über das Ressort Wirtschaft setzen Sie sich bitte in Verbindung mit:

Anton Lensen / Europäisches Parlament / DGIV / Luxemburg

Abteilung für internationale Angelegenheiten und Verfassung

Telefon: (352) 4300 23707 / Telefax: (352) 4300 27724 / E-Mail: alensen@europarl.eu.int

Quellen: ISI Internet Securities, Economist Intelligence Unit (EIU), Oxford Analytica, Europäische Kommission, Radio Free Europe Newline, Baltic Times, M2 Presswire, Reuters, Baltic News Service, Statistisches Amt von Litauen, litauisches Außenministerium, IWF

Anhang 1

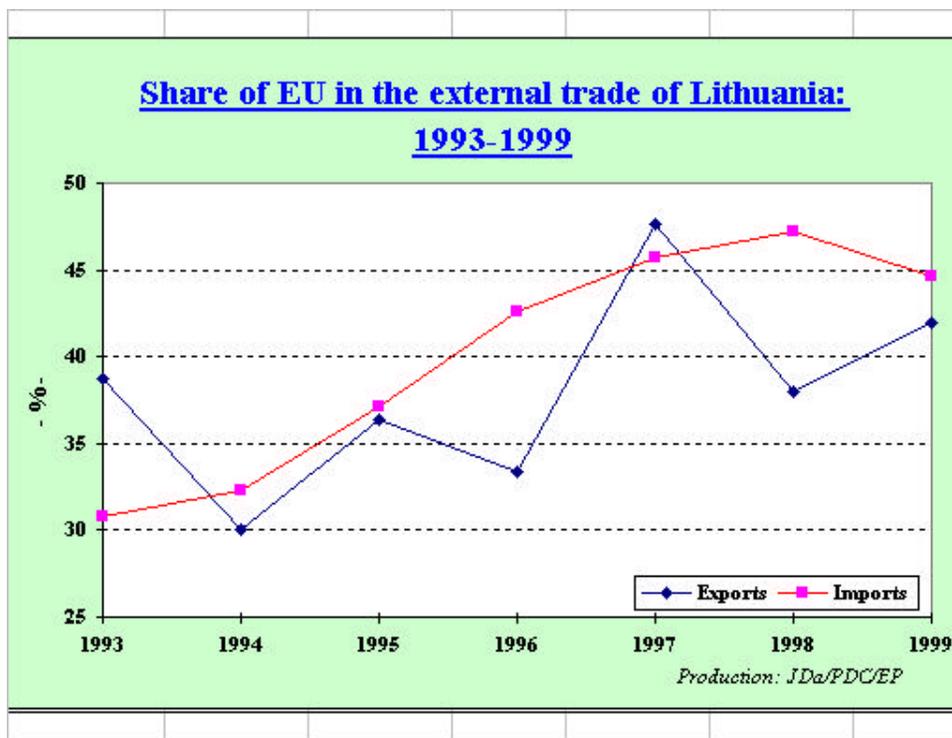
Aussenhandel Litauens 1993-1999

Anteil der EU am Aussenhandel Litauens

External trade of Lithuania: 1993-1999						
	<i>Mio ECU/€</i>					
	Export			Import		
	Total	of which: EU		Total	of which: EU	
		Mio ECU	%		Mio ECU	%
1993	1.712	662	38,7	1.926	594	30,8
1994	1.706	513	30,1	1.978	638	32,3
1995	2.068	752	36,4	2.789	1.037	37,2
1996	2.584	863	33,4	3.469	1.479	42,6
1997	2.605	1.242	47,7	5.122	2.343	45,7
1998	3.310	1.257	38,0	5.168	2.441	47,2
1999	3.956	1.660	42,0	5.322	2.375	44,6

Sources: Direction of Trade Statistics, Yearbooks, IMF (EU)
COMEXT, EUROSTAT

Production: JDa/Parliamentary Documentation Centre/European Parliament



Anhang 2

**Basisstatistiken für beitrittswillige Staaten in
Mittel- und Osteuropa**

Basic statistics for applicant countries in Central and Eastern Europe

	Estonia	Latvia	Lithuania	Czech Rep.	Hungary	Poland	Slovakia	Slovenia	Bulgaria	Romania	CEEC-10	European Union
Area (1000 sq. km)	45,2	64,6	65,2	78,9	93,0	312,7	49,0	20,3	110,9	237,5	1077,2	3191,1
Population (MIO, 1st January 1999)	1,4	2,4	3,7	10,3	10,1	38,7	5,4	2,0	8,2	22,5	104,7	375,3
Population/sq.km	32	38	57	130	108	124	110	98	74	95	98	118
Infant mortality (per 1000, in 1998):	9,3	15,0	9,3	5,2	9,7	9,5	8,8	5,0	14,4	20,5		5,2
Expectation of life at birth, 1997/98: Women	76,0	74,9	76,8	78,1	75,1	77,3	76,7	78,7	74,3	73,3	76,0	80,8
Men	64,7	63,8	65,9	71,1	66,4	68,9	68,6	71,1	67,1	65,5	67,7	74,5
Demographic dependency 1997 (1):	50,6	50,6	50,4	44,9	46,8	48,8	47,7	43,3	47,7	47,1	47,7	49,5
Gross domestic product (1999), in 1000 MIO EUR:	<u>4,8</u>	<u>5,7</u>	<u>10,0</u>	<u>49,8</u>	<u>45,4</u>	<u>144,7</u>	<u>17,7</u>	<u>18,7</u>	<u>11,6</u>	<u>31,9</u>	<u>340,3</u>	<u>7.965,3</u>
GNP per capita in PPS EU=100 (1998)	<u>36</u>	<u>27</u>	<u>31</u>	<u>60</u>	<u>48</u>	<u>36</u>	<u>46</u>	<u>68</u>	<u>23</u>	<u>29</u>	<u>38</u>	<u>100</u>
GINI index (latest year available)(2)	35,4	28,5	33,6	26,6	27,9	27,2	19,5	29,2	30,8	28,2	27,7	
Real growth of GDP, 1999	<u>-1,1</u>	<u>0,1</u>	<u>-4,1</u>	<u>-0,2</u>	<u>4,5</u>	<u>4,1</u>	<u>1,9</u>	<u>4,9</u>	<u>2,4</u>	<u>-3,2</u>	<u>2,3</u>	<u>2,4</u>
Real growth of GDP, 2000 (forecast)	<u>4,0</u>	<u>2,5</u>	<u>2,2</u>	<u>1,8</u>	<u>4,7</u>	<u>5,1</u>	<u>2,2</u>	<u>4,1</u>	<u>4,5</u>	<u>-0,6</u>	<u>3,7</u>	<u>3,4</u>
Real growth of GDP, 2001 (forecast)	<u>5,5</u>	<u>3,9</u>	<u>3,4</u>	<u>3,1</u>	<u>5,1</u>	<u>5,5</u>	<u>3,3</u>	<u>4,1</u>	<u>4,9</u>	<u>2,8</u>	<u>4,5</u>	<u>3,1</u>
Exports as % of GDP (1999):	<u>71,9</u>	<u>38,9</u>	<u>39,6</u>	<u>48,8</u>	<u>51,4</u>	<u>16,7</u>	<u>55,4</u>	<u>42,7</u>	<u>29,7</u>	<u>24,3</u>		<u>9,5</u>
External indicators:												
Balance of payment (1998, MIO USD):												
Merchandise: exports (fob):	2.690	2.011	3.962	26.395	20.747	32.467	10.720	9.096	4.299	8.302	120.688	n.a.
Merchandise: imports (fob):	3.805	3.141	5.480	28.989	23.101	45.303	13.071	9.870	4.757	10.927	148.444	n.a.
Trade balance:	-1.115	-1.130	-1.518	-2.594	-2.354	-12.836	-2.351	-775	-458	-2.625	-27.756	139.617
Current and capital account:	-476	-702	-1.300	-1.108	-2.115	-6.838	-2.056	-8	-376	-2.879	-17.858	99.397
Direct investment (in reporting economy):	581	357	926	2.554	1.936	22.479	562	165	401	2.031	31.991	-167.365(3)
Total external debt (1998, MIO USD):	<u>782</u>	<u>756</u>	<u>1.950</u>	<u>25.301</u>	<u>28.580</u>	<u>47.708</u>	<u>9.893</u>		<u>9.907</u>	<u>9.513</u>	<u>134.389</u>	
Debt service as % of exports of goods and services	<u>2,1</u>	<u>2,5</u>	<u>3,3</u>	<u>15,3</u>	<u>27,3</u>	<u>9,7</u>	<u>15,9</u>		<u>22,1</u>	<u>23,5</u>		
Labor force (%)(Civilian employment by sector):												
Agriculture	9,9	18,3		5,8	7,9	20,5	12,7	8,6		39,0		5,3
Industry (Mining, manufacturing, construction and electricity, gas and water supply)	33,4	25,5		41,6	33,1	32,0	39,3	40,0		30,4		30,2
Hour participation rates: Total	56	55	51	54	46	50	52	48	53	47	49,9	55
Women	28	28	25	25	20	23	25	22	26	21	23	45
Illiteracy rate (%), 1997	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>99,0</u>	<u>98,2</u>	<u>97,8</u>	<u>98,7</u>	<u>98,4</u>
Government Transparency: Corruption Perceptions Index	5,7	3,4	4,1	4,3	5,2	4,1	3,5	5,5	3,5	2,9	n.a.	n.a.(4)
Internet hosts/10000 inhabitants (January 1999)	152,98	42,59	27,48	71,79	82,74	28,07	33,27	89,83	9,05	7,42	35,18	163,36
Human development index (1997)(5):	<u>0,773</u>	<u>0,744</u>	<u>0,761</u>	<u>0,833</u>	<u>0,795</u>	<u>0,802</u>	<u>0,813</u>	<u>0,845</u>	<u>0,758</u>	<u>0,752</u>	<u>0,788</u>	<u>0,907</u>

Sources: EUROSTAT, IMF, OECD, UN and World Bank

Publication: JDa/Parliamentary Documentation Centre/European Parliament (07/08/2000)

(1) Population under 15 and over 64 as % of population between 15 and 64; (2) A lower figure indicates a more even income distribution; (3) net, excluding Greece;

(4) Finland max 10,0; Italy min 4,6; (5) Based on three indicators: 1) longevity, 2) educational attainment and 3) standard of living measured by GDP per capita in PPP (see Human Dev. Report, UNDP)

Notes: Weightings in relations to populations or GDP (in 1997); Bold italic and underlined text/figures indicate updated and/or revised data

Conversion rate: 1998: 1 ECU=1,121 USD; 1999: 1 € = 1,066